

## RESOLUTION Maiklausur 2023

Stand 26.05.2023

### Resolution –Starke Heimat – starke Kommunen I

1 Bayerns mehr als 2000 Kommunen stellen das Rückgrat des Freistaates dar. Sie ent-  
2 scheiden, ob Bayern lebens- und liebenswert ist. Hier kommt ihnen über das verfas-  
3 sungsmaßig verbürgte Recht auf Selbstverwaltung ein weitest denkbarer Handlungs-  
4 spielraum zu. Diese Selbstverwaltung der Gemeinden dient dem Aufbau der Demo-  
5 kratie in Bayern von unten nach oben. Kommunen sind damit Keimzelle des bayeri-  
6 schen Demokratieverständnisses.

7 Als Vertreter der „Bürgermeisterpartei“ ist der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion daher  
8 das Wohlergehen der bayerischen Kommunen besonders wichtig. Letztlich ist dies  
9 ebenfalls im Interesse der bayerischen Bürger, die in den Kommunen leben und von  
10 deren Wohlergehen abhängen.

11

#### 12 **Reform der Finanzierung der Kommunen**

13 Leere Kassen, Sanierungsstau –Nach Art. 3 Abs. 2 Satz 2 der Bayerischen Verfassung  
14 fördert und sichert der Freistaat gleichwertige Lebensverhältnisse und Arbeitsbedin-  
15 gungen in ganz Bayern – in Stadt *und* Land. Hierfür ist er maßgeblich auf die Mitwir-  
16 kung der Kommunen angewiesen. Unsere Kommunen sind das Rückgrat Bayerns. Sie  
17 schaffen es, den Flächenstaat Bayern überall lebenswert zu erhalten.

18 Ziel einer auf attraktive Lebensverhältnisse gerichteten Politik muss es sein, unsere  
19 Kommunen finanziell angemessen auszustatten. Bislang verfolgt der Freistaat dieses  
20 Ziel durch zielgerichtete Fördermaßnahmen. Das allerdings steigert Bürokratie und  
21 Verwaltungsaufwand.

22 Die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion fordert, dass unsere Kommunen in die Lage  
23 versetzt werden, ihr Gemeindegebiet in eigener Verantwortung und aus eigener Kraft  
24 zu gestalten. Hierzu gehört neben der Schaffung entsprechender inhaltlicher Hand-  
25 lungsspielräume die Schaffung und der Erhalt der von der Selbstverwaltungsgarantie  
26 des Grundgesetzes und der Bayerischen Verfassung geschützten Finanzhoheit der  
27 Kommunen. Hierzu brauchen sie einen hinreichend großen, nicht zielgerichteten Fi-  
28 nanzzufluss zum eigenverantwortlichen Einsatz im Gebiet der Kommune.

#### 29 **Forderung:**

- 30 • **Runder Tisch zur Reform von FAG und KAG**
- 31 • **Evaluation und Neuausrichtung der Stabilisierungshilfen**

32

#### 33 **Unterstützung in Krisenzeiten**

Hinweis: Dieses Papier darf nicht für Parteizwecke verwendet werden!

[www.fw-landtag.de](http://www.fw-landtag.de)

34 Ob Preissteigerungen oder Aufgabenmehrungen: Gerade in Krisenzeiten zeigt sich,  
35 wie belastungsfähig eine Volkswirtschaft und bestehende Verwaltungsstrukturen sind.  
36 Kostenexplosionen und eine unvorhersehbare Aufgabenmehrung wirken wie ein  
37 Stresstest für unsere Kommunen. Nach Corona traf sie die Energiekrise – eine geord-  
38 nete Verwaltung war kaum mehr möglich.

39 Ziel einer Politik, die eine für alle gute Verwaltung sicherstellen möchte, muss es sein,  
40 unseren Kommunen zentrale Versorgungsstrukturen zur Verfügung zu stellen. Nur so  
41 wird sichergestellt, dass niederschwellig und sicher gehandelt werden kann.

42 Die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion fordert daher die Einrichtung zentraler Beschaf-  
43 fungs- und Lagereinrichtungen durch den Freistaat. So wird sichergestellt, dass ge-  
44 rade im übertragenen Aufgabenbereich von Kommunen die benötigten Materialien  
45 stets in einwandfreiem Zustand vorliegen. Dies unterstützt die Kommunen nicht nur in  
46 Katastrophenlagen, sondern gerade auch in alltäglichen Aufgaben wie z.B. bei der Si-  
47 cherstellung einer funktionierenden Feuerwehrstruktur. Weiterhin fordert die Fraktion  
48 die Bereitstellung zentraler Software-Lösungen für die Gemeindeverwaltungen. So  
49 wird auch den kleinen Kommunen die notwendige Technik erschlossen, um eine si-  
50 chere bürgerfreundliche Verwaltung anzubieten.

51 **Forderung:**

- 52 • **Aufbau zentraler Beschaffungsstrukturen durch den Freistaat**
- 53 • **Besondere Unterstützung der interkommunalen Zusammenarbeit**

54

55 **Handlungsspielräume**

56 Unterschiedliche Ausgangslagen, vielfältige Lösungsansätze – die mehr als 2000  
57 Kommunen in Bayern haben die Aufgabe, ihr Gemeindegebiet zu verwalten. Hierbei  
58 kommt ihnen ein eigener und ein übertragener, staatlicher Wirkungskreis zu. Die Kom-  
59 munen vollziehen also neben den Aufgaben, die in der örtlichen Gemeinschaft wur-  
60 zeln, auch solche, die ihnen der Staat auferlegt.

61 Ziel einer bürgerorientierten Politik muss es sein, Einzelfallentscheidungen dahin zu  
62 verlegen, wo sie am besten entschieden werden können: vor Ort! Hier sind die ent-  
63 scheidungsrelevanten Umstände und Interessenlagen am besten bekannt.

64 Die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion fordert daher eine Ausweitung der rechtlichen  
65 und finanziellen Handlungsspielräume der Kommunen, damit diese zu pragmatischen,  
66 bürgerfreundlichen und situationsangemessenen Lösungen vor Ort finden können.  
67 Dies kann ein ferner Gesetzgeber, der abstrakte Regelungen trifft, schwerlich leisten.  
68 Hierfür soll eine Kommission aus Vertretern des Innen- und Finanzministeriums sowie  
69 der kommunalen Spitzenverbände geschaffen werden, die bestehende Regelungen  
70 auf entsprechendes Potential prüft.

71 **Forderung:**

- 72       • **Mehr Kompetenzen für die kommunale Ebene**  
73       • **Mehr tatsächliche und finanzielle Handlungsspielräume für Kommunen**

74  
75 **Förderlotsen**

76 Unklare Verhältnisse, aufwendige Verfahren – die Förderlandschaft ist mittlerweile für  
77 Kommunen fast so undurchdringbar geworden, wie die Vielzahl der ihnen auferlegten  
78 Aufgaben. Die Haushaltsgesetzgeber versuchen zwar, den Kommunen zielgerichtet  
79 finanzielle Hilfe zukommen zu lassen, diese ist für die Kommunen jedoch häufig auf-  
80 grund bürokratischer Erwägungen nicht oder nicht rechtzeitig erreichbar. Zum Stand  
81 Mai 2022 gab es 141 Förderprogramme der Staatsregierung für die Kommunen  
82 (BayLT, Drs. 18/22295, S. 2).

83 Ziel einer demokratisch orientierten Verwaltung muss es sein, die politischen Entschei-  
84 dungen zur Unterstützung der Kommunen effektiv und zielgerichtet umzusetzen.  
85 Hierzu gehören neben einer anwenderfreundlichen Ausgestaltung insbesondere die  
86 Unterstützung und Beratung der möglichen Förderempfänger.

87 Die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion fordert daher die Schaffung von Förderlotsen  
88 und unterstützender Computeranwendungen an jeder Regierung, die die Kommunen  
89 beim Auffinden der passgenauen Förderung und beim Ausfüllen der notwendigen An-  
90 träge im Rahmen einer Förderberatung unterstützt.

91 **Forderung:**

- 92       • **Schaffung von Förderlotsen an Regierungen zur Beratung von Kommu-**  
93       **nen bzgl. der Beantragung von Förderungen**  
94       • **Schaffung von unterstützenden Computeranwendungen für die Beantra-**  
95       **gung von Förderungen**

96  
97 **IMS online**

98 Viele Hilfestellungen, dezentraler Versand – so mannigfaltig wie die Aufgaben der  
99 Kommunen, so vielfältig sind auch bestehende Hilfestellungen durch die Übergeord-  
100 neten Behörden. Insbesondere ministerielle Schreiben werden unvollständig online  
101 bekannt gemacht. Das führt nicht zuletzt dazu, dass diese Hilfestellungen nur unzu-  
102 reichend aufgefunden werden können.

103 Ziel einer transparenten Verwaltung muss es sein, Entscheidungsvorgänge klar und  
104 nachvollziehbar zu gestalten. Hierzu gehört insbesondere, dass Einflussnahmen und  
105 Hilfestellungen im Verfahren aufgedeckt werden. Gleichzeitig muss sichergestellt wer-  
106 den, dass überall in den bayerischen Verwaltungen der gleiche Wissensstand gege-  
107 ben ist.

108 Die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion fordert daher, dass alle ministeriellen Schrei-  
109 ben, denen nicht nur Einzelfallbedeutung zukommt, in datenschutzkonformer Weise  
110 öffentlich bekannt gemacht werden.

111 **Forderung:**

- 112 • **Datenschutzgemäße Veröffentlichung ministerieller Schreiben und Wei-**  
113 **sungen**

114  
115 **ÖPNV**

116 Große Nachfrage, geringes Angebot – Die klimafreundliche Ausweitung des öffentli-  
117 chen Personennahverkehrs (ÖPNV) ist im Hinblick auf die gesteckten Klimaschutz-  
118 ziele unerlässlich. Aktuell steigern Bund und Länder die Nachfrage für den ÖPNV. Mit  
119 der Bereitstellung des Angebotes werden die Kommunen jedoch weitgehend alleine  
120 gelassen.

121 Auch haben die Erfahrungen mit dem 9 €-Ticket gezeigt, dass gerade im ländlichen  
122 Raum wegen eines für Pendler häufig unattraktiven Angebotes die Nutzung des ÖPNV  
123 durch entsprechende Zeitkartenangebote geringer ausfällt als in urbanen und semiur-  
124 banen Räumen.

125 Ziel einer umweltfreundlichen ÖPNV-Politik muss neben der Steigerung der finanziel-  
126 len Attraktivität des ÖPNV für die Verbraucher insbesondere der Ausbau des Angebo-  
127 tes sein. Hierbei benötigen die Kommunen tatsächliche und finanzielle Unterstützung.  
128 Die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion fordert daher ein umfassendes Förderpro-  
129 gramm für eine gesamtbayerische Entwicklung und den Ausbau des ÖPNV-Angebo-  
130 tes. Hierzu gehört neben der Planung gerade die finanzielle Unterstützung auch der  
131 häufig finanzschwächeren ländlichen Kommunen. Hierbei geht es letztlich um die  
132 Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse von Stadt und Land.

133 **Forderung:**

- 134 • **Stärkere Unterstützung der Kommunen beim Ausbau der ÖPNV-Struktu-**  
135 **ren**  
136 • **Stärkerer Einsatz für den Ausbau des Schienennetzes in Bayern**

137  
138 **Behördenverlagerung 3.0**

139 Ab vom Schuss, Mitarbeiterkonkurrenz – Die Behördenverlagerungen der letzten  
140 Jahre sollen die Attraktivität gerade des ländlichen Raumes steigern. Häufig ist mit  
141 ihnen jedoch ein nicht unerheblicher Unmut für die Betroffenen vor Ort verbunden: Die  
142 verlagerte Behörde hat Probleme bei der Akquise geeigneter Mitarbeiter; Behörden  
143 vor Ort beklagen häufig auftretende Konkurrenzsituationen.

144 Ziel einer effektiven Politik zur Entwicklung des ländlichen Raumes durch Behörden-  
145 verlagerung muss eine Einbeziehung der betroffenen Regionen und darf nicht aus-  
146 schließlich politisch determiniert sein. Es wird ein Gesamtkonzept benötigt, das neben  
147 der Personalstruktur auch den ÖPNV und den Entwicklungsbedarf einbezieht.

148 Die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion fordert daher die Entwicklung einer Strategie  
149 zur Behördenverlagerung und die Beteiligung der Vertreter der kommunalen Interes-  
150 sen an der Schaffung dieser Strategie. Die Verlagerung von Behörden(teilen) steigert  
151 die Attraktivität benachteiligter Gebiete in Räumen mit besonderem Handlungsbedarf  
152 in Bayern erheblich.

153 **Forderung:**

- 154 • **Gesamtstrategie für Behörden(teil)verlagerungen in den ländlichen**
- 155 **Raum**
- 156 • **Hierauf abgestimmte Pläne für den Ausbau von schienengebundenem**
- 157 **Personennahverkehr**
- 158 • **Hierauf abgestimmte Pläne für die Förderung des ÖPNV-Ausbaus**
- 159 • **Einbeziehung der betroffenen Gebietskörperschaften bei der Entschei-**
- 160 **dung der Behördenverlagerung**

161

162 **Fördern statt Fordern**

163 Trist, grau – Viele Landkommunen befinden sich in einer Abwärtsspirale: Mangels aus-  
164 reichendem Arbeitsplatzangebot für besonders qualifizierte Arbeitnehmer ziehen ver-  
165 mehrt junge Menschen und Familien weg. Es kommt zu sinkender Nachfrage vor Ort,  
166 Unternehmen und kulturelle Einrichtungen „sterben“. Verfall hält Einzug in die Kom-  
167 mune. Mit sinkender Attraktivität beschleunigt sich der Abwärtstrend weiter.

168 Ziel einer gesunden Entwicklung des Freistaates muss es sein, alle Regionen in Bay-  
169 ern mitzunehmen. Die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse darf nicht zu einer lee-  
170 ren Worthülse werden – sie ist die Richtschnur für Bayerns Erfolg.

171 Die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion fordert eine stärkere Unterstützung der 153 Mit-  
172 telzentren in Bayern. Diesen sollen finanzielle Handlungsspielräume eröffnet werden,  
173 um entsprechend ihrer Stellung in der Region ein angemessenes kulturelles Angebot  
174 sicherzustellen. Weiterhin muss eine erreichbare medizinische Versorgung überall im  
175 ländlichen Raum sichergestellt sein; hierfür benötigte finanzielle Mittel sind ebenso be-  
176 reitzustellen wie Versorgungsgebiete unter Berücksichtigung des ÖPNV-Angebotes  
177 neu zu überdenken sind.

178 Die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion fordert daneben ein staatliches Programm zur  
179 Vermittlung und Instandsetzung leer stehender Immobilien auf dem Land für die un-  
180 mittelbar eigene Wohnnutzung.

181 **Forderung:**

- 182
- 183
- 184
- 185
- 186
- 187
- **Förderung der Entwicklung von Mittelzentren**
  - **Sicherstellung des flächendeckenden kulturellen und medizinischen Angebotes auch im ländlichen Raum**
  - **Unterstützung der Kommunen bei der Vermittlung und Instandsetzung leerstehenden Wohnraums**